

## Kanton Bern: Umfassende Strukturreformen zügig und konsequent anpacken



*Der Kanton Bern muss seine Strukturen grundlegend modernisieren, entsprechend sind umfassende Reformen zügig und ohne Tabus oder Besitzstandswahrung anzupacken und umzusetzen. (Bild: Tageszeitung Der Bund)*

### **Ausgangslage**

Der Kanton Bern steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen, denen man nicht mit herkömmlichen Sparmassnahmen, etwa im Sinne von linearen Kürzungen oder politisch austarierten Sparpaketen, nachhaltig begegnen kann. Vielmehr ist es an der Zeit, die an sich bekannten Strukturschwächen des Kantons Bern nicht länger zu tabuisieren. Der ausgewiesene Handlungsbedarf ist gross, Politik und Gesellschaft sind gefordert, sich einer schonungslosen und damit ehrlichen Diskussion um die Zukunft Berns zu stellen. Die Frage des

Regierungsrates, wie viel Kanton Bern wir uns in Zukunft noch leisten wollen, muss angesichts des alarmierenden Zustands vielmehr lauten, wie viel Kanton Bern wir uns noch leisten können. Dabei helfen weder polemische (Berner als Griechen der Schweiz) noch beschönigende (der Kanton Bern pusht erfolgreich seine Stärken) Allgemeinplätze weiter, vielmehr müssen althergebrachte, d.h. historisch gewachsene Strukturen und damit einhergehende Besitzstandswahrungen kritisch hinterfragt werden. Die Entente Bernoise will zu dieser Fragestel-

lung einen konstruktiven Beitrag leisten. Sie kommt dabei zum Schluss, dass mit gezielten Massnahmen bei den administrativen Strukturen und der Verwaltung des Kantons Bern anzusetzen ist, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Das heisst wiederum, dass für Bürgerinnen und Bürger als auch für die Wirtschaft wichtige staatliche Leistungen wie Sicherheit, Justiz, Verkehr, Bildung oder Gesundheitswesen inskünftig viel weniger in herkömmliche Sparmassnahmen einbezogen werden müssten als bislang. Die in der letzten Zeit publizierten Berichte und Gutachten – namentlich die 2013 publizierten Arbeiten von BAK Basel zum Zustand des bernischen Finanzhaushalts – lassen sich in geraffter Form wie folgt auf einen Nenner zusammenfassen:

- Bern erreicht pro Kopf eine Wirtschaftskraft (gemessen am steuerlich ausschöpfbaren Potenzial) von rund 75% des schweizerischen Mittels. Gleichzeitig leistet er sich ein Niveau, das dem schweizerischen Durchschnitt entspricht. Dieser Service public finanziert er bei einer Steuerbelastung von über 120 Prozent des schweizerischen Durchschnitts. Aus diesem Dreiklang 75:100:120 resultiert ein strukturelles Defizit von jährlich wiederkehrenden 400 bis 450 Millionen Franken. Anders ausgedrückt: der Kanton Bern muss für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen mehr Geld ausgeben, als er tatsächlich einnimmt. Daraus resultiert eine finanzpolitische Schiefelage und beschert den privaten Haushalten und Unternehmungen eine übermässig hohe Steuerbelastung:
  - Die Gewinnsteuersätze für juristische Personen sind im interkantonalen Vergleich hoch. Bern kann daher im Steuerwettbewerb mit anderen Kantonen kaum mithalten.
  - Bei der Besteuerung der natürlichen Personen kennt der Kanton Bern bei hohen Einkommen hohe Spitzensteuersätze, während selbst bei tieferen Einkommen die Entlastung weniger ausgeprägt ist als in anderen Kantonen.

Bei dieser Ausgangslage erstaunt es weiter nicht, dass der Kanton Bern vorab als Arbeitsort und weniger als Wohnort bevorzugt wird, wie die Pendlerstatistik aufzeigt. Dadurch geht Steuersubstrat namentlich an die umliegenden Kantone verloren. Der Kanton Bern hat jährliche Ausgaben von gut 10 Milliarden Franken zu finanzieren. Der Finanzplan 2015-17 weist trotz Sparbemühungen eine Schuldenzunahme von rund 250 Millionen Franken aus – dies notabene in einem finanzpolitisch unsicheren und schwierigen Umfeld (Stichworte hierzu: Gewinnausschüttung Schweizerische Nationalbank, konjunkturelle Entwicklung, kantonale Pensionskasse, Wegfall BKW als Steuerzahler infolge hoher Abschreibungen im Hinblick auf den Atomausstieg). Zudem bezieht der Kanton Bern jährlich über 10% seiner Einnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich (1,14 Milliarden Franken im laufenden Jahr), was einer problematischen finanzpolitischen Abhängigkeit von Bund und Geberkantonen gleichkommt, zumal der Bundesrat die finanzielle Ausstattung des Finanzausgleichs für die Periode 2016-19 reduzieren will. Noch einschneidender dürften die Folgen eines umfassenden Umbaus des bundesstaatlichen Finanzausgleichs infolge der Unternehmenssteuerreform III ausfallen. Der Kanton Bern finanziert somit seine Ausgaben aus Einnahmenquellen, die alles andere als in Granit gemeisselt sind und je nach konjunktureller und/oder politischer Entwicklung schneller als gedacht, wenn nicht einbrechen, so doch substanziell zurückgehen können. Umso mehr ist Handlungsbedarf auf der Ausgabenseite angezeigt.

- Der Grossraum Bern erbringt rund 60% der kantonalen Wirtschaftsleistung, während der flächenmässig viel grössere Teil bloss 40% zum Gesamtergebnis beisteuert. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Erwerbstätiger ist im bernischen Mittelland mit 126'581 Franken pro Kopf gar etwas höher als im gesamtschweizerischen Schnitt (125'120 Franken),

während in den übrigen Regionen (mit Ausnahme Biels) die entsprechenden Werte jedoch deutlich unter dem kantonalen (115'000 Franken) als auch gesamtschweizerischen Schnitt liegen. Dies gilt namentlich für das Emmental, Interlaken-Oberhasli und Frutigen-Niedersimmental. Das heisst, dass strukturschwache Regionen mit einem Übergewicht an Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Bauwirtschaft auf den Durchschnitt drücken und dem Kanton Wirtschaftskraft entziehen.

Der Kanton Bern ist mit anderen Worten darauf angewiesen, dass der Wirtschaftsmotor im Grossraum Bern nicht ins Stottern gerät bzw. sich weiterentwickeln kann. Allerdings: gemessen an den 50 Agglomerationen der Schweiz erfuhr ausgerechnet Berns wirtschaftlich dynamischste Region in den letzten Jahren das drittschwächste Bevölkerungswachstum, während die Grossräume Zürich, Basel, Genf mit ihren wachstumsstarken Branchen (namentlich Chemie und Pharmaindustrie, Finanzsektor sowie Energie- und Wasserversorgung) eine akzentuierte Bevölkerungszunahme verzeichnen konnten. Dies bedeutet konkret, dass die grossen Wirtschaftszentren der Schweiz schneller wachsen und Bern damit noch mehr ins Hintertreffen gerät.

### **Stetig wachsender Staatsapparat**

Die Wirtschaftskraft des Kantons Bern stagniert seit Einführung der NFA im Jahr 2008 bzw. ist leicht rückläufig, während der kantonale Personalbestand von 2004 bis Ende 2012 um insgesamt 4'394 (+33%) Vollzeitstellen gewachsen ist, was einer jährlichen Zunahme von durchschnittlich 550 Stellen entspricht. Anders gesagt: seit 2004 wächst der im öffentlichen Sektor tätige Personalbestand wöchentlich um durchschnittlich 10,5 Stellen. Selbstverständlich können für dieses imposante Wachstum immer Gründe angeführt werden: neue Vollzugsaufgaben, Kantonalisierungen von Bundes- oder Gemeindeaufgaben, Sondereffekte und dergleichen mehr. Wird namentlich das Projekt „Police Bern“ und die damit einhergehende Integration

der ehemaligen Stadt- und Gemeindepolizisten ins Kantonspolizeikorps mitberücksichtigt bzw. in Abzug gebracht, beträgt die personelle Zunahme von 2004 bis 2012 immer noch rund 30%, was einer jährlichen Zunahme von durchschnittlich rund 450 Stellen entspricht. Dieses ausgewiesene Stellenwachstum ist imposant und entspricht im Übrigen einem gesamtschweizerischen Trend: im laufenden Jahr ist im öffentlichen Sektor über alle drei Staatsebenen (Bund, Kantone und Gemeinden) gerechnet mit einem stattlichen Zuwachs von Total 2'500 Vollzeitstellen zu rechnen. Wird dieser Trend des ungebremsten Stellenwachstum nicht gebrochen bzw. im selben Ausmass fortgeführt, dürfte der Kanton Bern als grösster Arbeitgeber im Kantonsgebiet bis Ende 2020 bei einem angenommenen Stellenwachstum von 30% rund 23'000 Vollzeitstellen gegenüber den heutigen 17'736 zählen (Stichtag 31.12.2012, ohne Lehrkräfte und ohne Lernende sowie Praktikanten, jedoch einschl. Polizeikorps und Drittmittel).

### **Die Arbeitgeber im Kanton Bern**

Ein Blick in die Liste der 50 grössten Arbeitgeber im Kanton Bern, welche insgesamt 135'000 Mitarbeitende beschäftigen (das sind 28% aller Stellen im Kanton Bern, in 100%-Stellen umgerechnet) zeigt auf, dass der grösste Arbeitgeber der Kanton selbst ist, gefolgt von der Bundesverwaltung, der Post und den SBB. Der grösste private Arbeitgeber im Kanton Bern, die Migros, folgt auf Rang 5. Anders gesagt: der öffentliche Sektor im Kanton Bern beschäftigt zusammengekommen rund 10 Mal mehr Personal als der grösste private Arbeitgeber.

Ferner sind 9 Spitalgruppen mit insgesamt 22 Spitälern auf der Liste der 50 grössten Arbeitgeber zu finden: das Gesundheitswesen und die Verwaltung sind somit die grössten Arbeitgeber im Kanton. International bekannte Unternehmungen wie namentlich Ebay, dessen Europasisitz in der Stadt Bern angesiedelt ist und als eines der wenigen Prestigeobjekte der Berner Wirtschaftsförderung gilt, beschäftigt maximal 100 Mitarbeitende. Die Zunahme von Arbeitsplätzen findet überdurchschnittlich in unprodu-

tiven Branchen statt, während die wachstumsstarken und international hoch kompetitiven Branchen schwergewichtig im Raum Nordwestschweiz/Zürich/Genferseegebiet zu finden sind.

### **Komplizierte Verwaltungsstrukturen**

Es dürfte einem bernischen Staatskundeführer nicht leicht fallen, seinen Schülerinnen und Schüler Struktur und Funktionsweise des Kantons Bern und seiner Gremien in kurzen Worten zu erläutern: der Kanton zählt insgesamt 362 Gemeinden, aktuell 3 Regionalkonferenzen zur verbindlichen regionalen Zusammenarbeit mit eigener Rechtspersönlichkeit und eigenen Geschäftsstellen, 5 Verwaltungsregionen mit 10 Verwaltungskreisen sowie 9 Wahlkreise. Im Weiteren sind die Regierungsstatthalterämter zu erwähnen, welche über eigene administrative Strukturen verfügen und als Vertretung des Regierungsrates in den 10 Verwaltungskreisen fungieren und verschiedene Funktionen, namentlich als anordnende Behörden sowie Bewilligungsbehörden, erfüllen.

Die Entente Bernoise erachtet diese schwerfälligen Strukturen als kostspielig und bezüglich ihrer Entscheidungsprozesse und Interdependenzen als intransparent. Sie sind daher zu vereinfachen.

### **Zu viele kleine Gemeinden**

Von den heutigen 362 Gemeinden haben bloss deren 25 mehr als 5'000 Einwohnerinnen und Einwohner, während rund die Hälfte von ihnen weniger als 1'000 zählt. Der Kanton Bern weist somit eine ins Auge springende Kleinparzellierung auf, die den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen an Gemeinden grossmehrheitlich nicht oder nur noch suboptimal entsprechen kann. Damit leistet sich Bern eine Struktur, die vorab kleine Gemeinden zusehends überfordert, indem bei chronisch knappen Finanzen fähige Personen für politische Mandate als auch fachlich qualifiziertes Administrativpersonal schwieriger denn je zu finden sind und gleichzeitig die kantonalen Vollzungsaufgaben immer anspruchsvoller werden.

Mit dem innerkantonalen Finanzausgleich wird zudem Struktur erhalten betrieben, indem 15% aller bernischen Gemeinden im Verbund mit dem Kanton die restlichen 85% mittels Ausgleichszahlungen subventionieren und diese damit letztlich künstlich am Leben erhalten. Nur ein mutiger und zukunftstauglicher Weg kann Abhilfe schaffen, will der Kanton Bern erstarken und die anstehenden und kommenden Herausforderungen bestehen. Das bisher an den Tag gelegte gemächliche Tempo bei den Gemeindefusionen droht jedoch zu einem akuten Problem mit gravierenden (finanz-, aber auch staatspolitischen) Konsequenzen zu werden. Es drängen sich mit anderen Worten umfassende Gemeindefusionen auf.

### **Zwischenbilanz**

Die aufgelisteten Befunde sind aus staats- und finanzpolitischer Sicht besorgniserregend. Wird nicht bald nachhaltig Gegensteuer gegeben, steht Bern in wenigen Jahren am finanzpolitischen Abgrund. Lineare Kürzungen im Sinne einer gängigen Opfersymmetrie (Rasenmähermethode) verunmöglichen eine strategisch orientierte, d.h. Schwerpunkte setzende Finanzpolitik und vermögen das strukturelle Defizit ohnehin nicht aus der Welt zu schaffen. Steuererhöhungen – auch temporärer Natur – sind angesichts der hohen Steuerbelastung im Kanton Bern keine Option. Die Entente Bernoise verlangt daher ein intelligentes Sparen: Ziel muss sein, die staatlichen Mittel effizienter und wirksamer einzusetzen und überholte Strukturen aufzugeben bzw. zu modernisieren. Konkret schlagen wir daher folgende Reformen vor:

1. Eine umfassende Reform des Regierungsrates mit dem Ziel, die heutigen 7 Direktionen auf neu 5 zu reduzieren. Der verfassungsmässig garantierte Jurasitz ist historisch überholt und entfällt.
2. Einhergehend mit dieser institutionellen Reform ist die Zentralverwaltung substantiell zu entschlacken, indem bei der Reduktion von 7 auf neu 5 Direktionen ähnlich gelagerte Aufgaben zusammengeführt und damit

Doppelspurigkeiten und administrative Leerläufe beseitigt werden, womit auch weniger Personal benötigt wird. Daher ist ein Personalabbau im Umfang von bis zu 20% wenn auch ambitiös, so doch realistisch: Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zeigen auf, dass ein Personalabbau im Umfang von bis zu 10% ohne Effizienzverluste machbar ist. Angesichts der erwähnten Tatsache, dass der Personalbestand im Kanton Bern von 2004 bis Ende 2012 um satte 30% zugenommen hat, ist ein angepeilter Abbau um 20% angemessen.

3. Parallel dazu bekennt sich der Kanton Bern zu einer Gebietsreform, die umfassende und weitreichende Gemeindefusionen und vereinfachte administrative Strukturen erlaubt. Dabei müssen folgende Rahmenbedingungen zum Tragen kommen:

- staatliche Strukturen müssen konsequent auf die bestehenden und künftigen Anforderungen an die Aufgabenerfüllung ausgerichtet werden.
- Gemeinden müssen ihre Aufgaben grundsätzlich selbständig, transparent, bürgernah, kostengünstig und wirksam erfüllen. Von (komplizierten) interkommunalen Zweckverbänden und dergleichen mehr ist Abstand zu nehmen.
- Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Eigenfinanzierungskraft und –verantwortung der Gemeinden müssen nachhaltig gestärkt werden.

### Die Vorschläge der Entente Bernoise im Einzelnen

#### **5 statt 7 Regierungsräte sind genug**

Was andere Kantone wie Luzern oder Aargau können, kann der Kanton Bern ohne Not auch: inskünftig zählt er nur noch 5 statt wie bisher 7 Direktionen. In einer ersten Variante wäre eine neue Direktion für Volkswirtschaft und Inneres vorzusehen, welche die bisherigen Aufgaben der Direktionen für Justiz/Gemeinden/Kirchen bzw. Polizei und Militär wahrnimmt:

Regierungsrat heute

<b>Volkswirtschaft</b>
Gesundheit/ Fürsorge
Bau/Verkehr
<b>Justiz/Gemeinden/ Kirchen</b>
<b>Polizei/Militär</b>
Erziehung
Finanzen

Regierungsrat neu  
(Variante 1)

<b>Volkswirtschaft und Inneres</b>
Gesundheit und Soziales
Bau/Verkehr/Umwelt
Bildung/Kultur
Finanzen

Die neu strukturierte Direktion würde in etwa folgende Aufgabengebiete umfassen:

#### Direktion Volkswirtschaft und Inneres (neu)

- Wirtschaft und Arbeit
- Migration
- Zivilstandswesen
- Strassenverkehrsamt
- Kantonspolizei
- Militär
- Gemeindeaufsicht
- Strafvollzug

Diese Reduktion erlaubt es, die bisherigen Direktionen Polizei/Militär sowie Volkswirtschaft in eine neue Direktion „Volkswirtschaft und Inneres“ aufgehen zu lassen, während die übrigen Direktionen grundsätzlich unverändert blieben. Allerdings wäre es im Zuge einer solchen institutionellen Neugliederung der Exekutive unabdingbar, ähnlich gelagerte Aufgaben in ein und dieselben Direktion zu konzentrieren (so wäre etwa das Amt für Sozialversicherungen, das heute in der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion angesiedelt ist, neu in die Direktion für Gesundheit und Soziales zu transferieren) und deren Namen der heutigen Zeit anzupassen: die Bezeichnung „Fürsorge“ gehört ins 19. Jahrhundert und impliziert darüber hinaus eine Sozialpolitik, die mit den heutigen Realitäten und gesetzlichen Ansprüchen nichts zu tun hat. In einer anderen Variante könnte die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion mit der Polizei- und Militärdirektion zusammengelegt werden, während zeitgleich die Volkswirtschaftsdirektion in die Finanzdirektion überführt würde:

### Regierungsrat heute

<b>Volkswirtschaft</b>
Gesundheit/ Fürsorge
Bau/Verkehr
<b>Justiz/Gemeinden/ Kirchen</b>
<b>Polizei/Militär</b>
Erziehung
Finanzen

### Regierungsrat neu (Variante 2)

<b>Direktion des Innern</b>
Gesundheit und Soziales
Bau/Verkehr/Umwelt
Bildung/Kultur
<b>Finanzen und Volkswirtschaft</b>

### Korrektur der personellen Infrastruktur

Einhergehend mit einer solchen Umstrukturierung erwarten wir eine kritisch-strategische Überprüfung der kantonalen Verwaltung mit der Auflage, bei striktem Anstellungsstopp 20% des heutigen Personalbestands, rund 3'500 Vollzeitstellen, über einen Zeitraum von fünf Jahren abzubauen. Auf 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner benötigt der Kanton Bern aktuell 29 Verwaltungsstellen (bei steigender Tendenz), während es in Zürich bloss 18 sind. Das bedeutet konkret, dass Bern pro tausend Einwohnerinnen und Einwohner 38% mehr öffentliches Personal beschäftigt als Zürich, so dass aus betriebswirtschaftlicher Sicht ein mittelfristiger Personalabbau um 20% als durchaus vertretbar und angemessen erscheint. Allein durch eine solche Massnahme ist mit einem Einsparungspotenzial in der Höhe von rund 350 Mio. Franken zu rechnen. Werden die damit einhergehenden Infrastrukturkosten miteingerechnet, kommt ein weiteres Einsparungspotenzial von rund 300 Mio. Franken hinzu. Von dieser personalpolitischen Massnahme jedoch sind im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit im Kantonsgebiet die Angehörigen des Polizeikorps (rund 2'200 Stellen in den sog. Frontabteilungen) grundsätzlich auszunehmen.

### Gemeindefusionen zügig vorantreiben

Die Tatsache, dass der Kanton Bern auf Anfang 2014 8 Fusionsprojekte mit insgesamt 25 beteiligten Gemeinden umsetzt, mag auf den ersten Blick beeindruckend erscheinen. Und doch: die ursprüngliche Zielsetzung einer Reduktion auf

300 Gemeinden bis 2017 wird der Kanton Bern weit verfehlen. Weit mehr fusionierte Gemeinden können die Kantone Graubünden, Wallis, Tessin, Waadt und Freiburg aufweisen. Aus Sicht der Entente Bernoise geht es aber nicht darum, im Kanton Bern dereinst so wenig wie möglich Gemeinden zu haben. Vielmehr müssen Kriterien zum Tragen kommen, welche eine optimale Gemeindegrösse erlauben. Es dürfte auch in der Bevölkerung akzeptiert sein, dass Gemeindefusionen in der Regel Kostensenkungen durch die Ausnutzung von Grössenvorteilen zur Folge haben und damit fusionierte Gemeinden ihre finanzielle Situation verbessern können. Demgegenüber ist nicht in Abrede zu stellen, dass auch Grössennachteile auftreten können, indem fusionierte Gemeinden ab einer gewissen Grösse vermehrte Dienstleistungen mit höheren Normen und Standards anbieten (etwa vermehrte Kehrriechtabfahren, perfektionierter Winterdienst etc.). Anders gesagt: „gross“ ist nicht per se angemessen und kostengünstig. Umso mehr ist der Kanton angehalten, Kriterien auszuarbeiten, die eine optimale Gemeindegrösse definieren. Umfassende Gemeindefusionen ermöglichen ferner eine Verwesentlichung und Vereinfachung des innerkantonalen Finanzausgleichs, indem nur noch vertikale Ausgleichszahlungen zum Tragen kommen: die Fokussierung auf einen ausschliesslich vertikalen Finanzausgleich schafft zusätzliche Anreize, effiziente Verwaltungsstrukturen und optimierte Verfahrensabläufe vorzusehen. Zudem können dadurch jene wenigen Gemeinden, die heute in den Finanzausgleich einzahlen, mit substantiellen Einsparungen rechnen. So dürfte etwa in Muri infolge des Wegfalls seines Beitrags an den Finanzausgleich die Steuerlast um rund 3 Steuerzehntel gesenkt werden, so dass zusätzliches (auch ausserkantonaies) Steuersubstrat generiert werden dürfte.

Anders sieht es mit dem innerkantonalen Lastenausgleich aus: bedeutende Zentrumsleistungen, von denen auch angrenzende Gemeinden profitieren, sind auch inskünftig mit einem griffigen Lastenausgleichssystem fair abzugelten.



## Schlanke administrative Strukturen

Eine solche tiefgreifende Gebietsreform hätte zudem den Vorteil, die heutigen administrativen Strukturen des Kantons radikal zu vereinfachen. So gäbe es zwischen ihm und den Gemeinden nur noch eine staatliche Ebene, jene der Verwaltungsregionen bzw. -kreise, wie sie schon heute existieren. Diese würden inskünftig auch die Aufgaben der Regionalkonferenzen übernehmen und gleichzeitig als Wahlkreise fungieren. Mit den Fusionen entstünden in den Verwaltungsregionen wenige, dafür aber umso stärkere Zentren, die ihre Aufgaben namentlich in der Raumentwicklung, der Bildung und des Verkehrs verstärkt koordiniert und transparent wahrnehmen könnten. Kanton und Gemeinden würden in Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe kommunizieren.

Zusammenfassend würde eine solche ambitiöse Reform die einmalige Chance bieten, Verwaltungsaufgaben nach logischen statt historisch gewachsenen Gesichtspunkten zu gestalten, kantonsweit effiziente und bürgernahe Verwaltungsabläufe zu schaffen und gleichzeitig ein jährlich wiederkehrendes Sparpotenzial zu realisieren.

## Ausblick

1. Der wirtschaftliche und finanzpolitische Zustand des Kantons Bern ist weder ein Naturereignis noch lässt er sich allein mit seiner Lage, Topografie oder Weitläufigkeit erklären. Vielmehr und in erster Linie sind hierfür historische Gründe ausschlaggebend, die sich einzeln nachzeichnen lassen. Die Versäumnisse der Vergangenheit, etwa die seit den 1920er Jahren systematische Begrenzung industrieller Bauzonen oder der mit Erfolg organisierte Widerstand gegen das vom Bundesrat bevorzugte Vorhaben eines nationalen Flughafens bei Utzendorf (BGB-Referendum von 1944 mit dem bezeichnenden Titel „rettet die Scholle“), wirken bis heute nach und lassen sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen.

2. Wie hoch der effektive Effizienzgewinn bei konsequenter Umsetzung der präsentierten Vorschläge dereinst ausfallen dürfte, kann nicht auf den Rappen genau beziffert werden. Immerhin kann aufgezeigt werden, dass allein durch die Korrektur der personellen Infrastruktur (Abbau um 20%) rund 350 bis 700 Mio. Franken eingespart werden können. Geht man ferner von der Faustregel aus, dass dank Effizienzsteigerungen Ausgaben um 10% bis 15% heruntergefahren werden können, zeigt sich, dass das strukturelle Defizit des Kantons Bern allein durch organisatorische und personelle Massnahmen beseitigt werden kann.

### Die Bilanz der Entente Bernoise

- Der Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen, weshalb Politik und Gesellschaft gefordert sind, sich einer ehrlichen Diskussion um die Zukunft Berns zu stellen. Dabei dürfen weder Tabus noch Besitzstandswahrungen die dringend notwendigen Debatten zur Zukunft des Kantons behindern. Es muss mit anderen Worten prioritär darum gehen, den wirtschaftlichen Abstieg des Kantons Bern zu bremsen und ihn in einem ersten Schritt mit zeitgemässen und schlanken Strukturen auszustatten. Bern hat Potenzial – lassen wir es entfalten!
- Der Kanton Bern ist ein ressourcenschwacher Kanton (bei einer seit 2008 stagnierenden bis leicht rückläufigen Wirtschaftskraft von 75% des schweizerischen Mittels) mit einem Service Public, der etwa dem schweizerischen Durchschnitt entspricht, jedoch mit überdurchschnittlich hoher Steuerbelastung (120% des schweizerischen Mittels) finanziert werden muss. Aus diesem Dreiklang 75:100:120 resultiert ein strukturelles Defizit von jährlich wiederkehrenden 400 bis 450 Millionen Franken.
- Berns Steuerlast ist überdurchschnittlich hoch – dies sowohl für natürliche als auch juristische Personen. Es überrascht daher nicht, dass der Kanton Bern vorab als Ar-

beitsort und weniger als attraktiver Wohnort bevorzugt wird. Dadurch geht folgerichtig Steuersubstrat verloren.

- Bei rund 10 Milliarden Franken jährlichen Ausgaben bezieht der kantonale Haushalt rund 10% seiner Einnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, der auf nationaler Ebene politisch zusehends unter Druck gerät. Der kanton-bernische Finanzplan 2015-17 weist eine Schuldenzunahme von 250 Millionen Franken aus. Je nach konjunktureller und politischer Entwicklung namentlich auf Bundesebene kann sich die Schiefelage im bernischen Haushalt rasch akzentuieren.
- Der Grossraum Bern erbringt 60% der kantonalen Wirtschaftsleistung. Der flächenmässig viel grössere ländliche Teil mit seinem Übergewicht an Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Bauwirtschaft drückt damit auf den kantonalen Durchschnitt.
- Der Kanton Bern leistet sich komplizierte und schwerfällige staatlich-administrative Strukturen, deren Gremien und Zusammenspiel selbst für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger nur schwerlich durchzuschauen sein dürften.
- Der Kanton beschäftigt pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner rund 38% mehr Personal als der Kanton Zürich. Sein Personalbestand ist von 2004 bis 2012 jährlich um durchschnittlich 450 Vollzeitstellen angewachsen (unter Berücksichtigung der Umsetzung des Projekts Police Bern).
- Der Kanton Bern weist mit 362 Gemeinden eine auffällige Kleinparzellierung auf. Rund die Hälfte der Berner Gemeinden zählt weniger als 1'000 Einwohner und bekundet immer mehr Mühe, interessiertes bzw. qualifiziertes Personal für politische Mandate bzw. administrative Aufgaben zu finden. Mit dem innerkantonalen Finanzausgleich werden 85% der Gemeinden von den übrigen 15% finanzstarken Gemeinden und dem Kanton unterstützt, womit Strukturhaltung betrieben wird.

### **Die Entente Bernoise fordert deshalb**

1. 5 Regierungsräte sind genug
  - a. Damit könnten artverwandte Politikbereiche im Interesse von Synergiebildungen verstärkt gebündelt werden. So könnten die bisherigen Direktionen Justiz/Gemeinden/Kirchen sowie Polizei/Militär in die neue bzw. erweiterte Direktion für Volkswirtschaft und Inneres aufgehen.
2. Umfassende Gemeindefusionen
  - b. Der Kanton Bern führt umfassende und tiefgreifende Gemeindefusionen durch. Strategisches Ziel ist, dass der Kanton eine kohärente Politik bezüglich Gemeindefusionen definiert und diese mit der gebotenen Ernsthaftigkeit umsetzt. Damit einhergehend kann der innerkantonale horizontale Finanzausgleich ersatzlos gestrichen werden.
3. Schlanker Staatsapparat
  - c. Die kantonale Verwaltung ist im Rahmen der Reorganisation der Exekutive konsequent auf Effizienz- und Effektivitätspotenzial durchzuleuchten. Dabei ist der Personalbestand in den nächsten fünf Jahren um insgesamt 20% oder rund 3'500 Stellen sukzessive abzubauen. Davon auszunehmen sind im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit im Kantonsgebiet die Angehörigen des Polizeikorps.
4. Schlanke administrative Strukturen
  - d. Der staatlich-administrative Aufbau des Kantons Bern ist transparent zu gestalten und damit zu vereinfachen. Auf die heutigen Regionalkonferenzen kann verzichtet werden. Die heutigen Verwaltungskreise übernehmen deren Aufgaben und figurieren gleichzeitig als Wahlkreise.

03 + 04/2014